



Kommunalpolitische Positionen der IHK Mittlerer Niederrhein für Mönchengladbach

Kommunale Kosten und Leistungen:

Unsere Forderungen:

Wettbewerbsfähige Grund- und Gewerbesteuerhebesätze

Die Stadt Mönchengladbach hat weiterhin einen überdurchschnittlich hohen Gewerbesteuerhebesatz von 490 Punkten. Die Kommune sollte perspektivisch daran arbeiten, den Satz zumindest auf den immer noch hohen NRW-Durchschnitt zu senken. Beim Grundsteuerhebesatz hat Mönchengladbach das Modell eines einheitlichen Hebesatzes gewählt. Das sollte beibehalten werden. Bei differenzierten Grundsteuerhebesätzen werden Nicht-Wohngebäude höher besteuert als Wohngebäude. Damit müsste die Wirtschaft – gemessen am Grundstückswert – höhere Grundsteuern zahlen.

Höhe öffentlicher Gebühren dürfen nicht zum Wettbewerbsnachteil von Unternehmen werden

Die Gebühren (z.B. Abwasser) am Mittleren Niederrhein sind im Bundesvergleich überdurchschnittlich hoch. Das ist ein Wettbewerbsnachteil für die Unternehmen. Gebühren sollen kostendeckend sein. Deswegen gibt es im Einzelfall auch gute Gründe für hohe Gebühren. Die Daten deuten darauf hin, dass die Gebührenzahler häufig die kommunalen Haushalte quersubventionieren. Das sollte zukünftig vermieden werden.

RAL-Gütezeichen Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung – Zertifizierung erwerben und dauerhaft sichern

Der Rat der Stadt Mönchengladbach hat in der vergangenen Wahlperiode beschlossen, dass die Stadtverwaltung der Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V. beitrifft. Ziel sollte es sein, dass die Stadt im Laufe des Jahres 2026 das Zertifikat der „Mittelstandsorientierten Kommunalverwaltung“ erwirbt. Der Zertifizierungsprozess zeigt auf, an welchen Stellen möglicherweise noch Verbesserungsbedarf bei den wichtigsten Prozessen mit Unternehmen besteht. Das Zertifikat ist ein gutes Signal nach außen, das zeigt, dass die Kommune wirtschaftsfreundlich arbeitet. Die Stadtverwaltung sollte kurzfristig alle Maßnahmen ergreifen, um das Zertifikat zu erhalten und dauerhaft zu sichern.

Mönchengladbacher Verwaltung: Es braucht eine „Fast Lane“ für die Wirtschaft!

Ob KfZ-Zulassungsstelle, Bauverwaltung oder Ausländerbehörde: Es braucht eine „Fast Lane“ in der Mönchengladbacher Verwaltung für wirtschaftliche Belange. Die Unternehmen

sind von der Bürokratie durch die EU und den Bund gelähmt. Verwaltungen, die ihren lokalen Unternehmen, einen schnelleren Zugang bieten, sorgen damit für einen Standortvorteil ihrer Wirtschaft.

Personelle und finanzielle Ausstattung in wirtschaftsnahen Bereichen sicherstellen

In allen wirtschaftsnahen Bereichen der Mönchengladbacher Verwaltung sollte die personelle Ausstattung sichergestellt werden. Die Bereiche müssen personell quantitativ und qualitativ gut besetzt sein, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. Engpässe wie z.B. Anfang des Jahrzehnts im Gewerbeamt dürfen sich nicht wiederholen.

Starke Wirtschaftsförderungen notwendig

Auch die Wirtschaftsförderung sollte weiterhin über ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen verfügen. Die Wirtschaftsförderung ist zwar haushaltstechnisch eine freiwillige Leistung, aber es sind insbesondere die Unternehmen, die durch Gewerbesteuerzahlungen und Arbeitsplätze für die finanzielle Stabilität einer Kommune sorgen. Dabei sollte eine Hauptaufgabe immer sein, dass die Mitarbeitenden die Brücke zwischen der Wirtschaft und weiteren Einheiten der Kommunalverwaltung sind. Die Wirtschaftsförderung sollte das Angebot vorhalten, Unternehmen mit einem Anliegen, das auch andere Ämter (Ordnungsamt, Bauamt, Integrationsamt) betrifft, innerhalb der Verwaltung zu vermitteln – im Sinne einer One-Stop-Agency. Das führt dazu, dass der Unternehmer nur einen Ansprechpartner hat. Die Wirtschaftsförderung sollte die Unternehmen auf dieses Angebot aufmerksam machen (beispielsweise durch ihre Homepage, Unternehmensbesuche, Unternehmerfrühstücke). Das Angebot sollte im Besonderen Existenzgründer und ansiedlungsinteressierte Unternehmer ansprechen.

Kundenfreundliche Kommunikation der Verwaltung - Dienstleistungsmentalität der Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung verbessern

Die Unternehmen berichten darüber, dass die Kommunikation mit der Kommunalverwaltung verbesserungswürdig ist. Wichtig ist, dass Unternehmerinnen und Unternehmer mit einem Anliegen, zeitnahe eine Rückmeldung zu diesem Anliegen erhalten. Die Betriebe fordern, dass sie nicht nur zu hören bekommen, dass etwas nicht geht, sondern auch wie etwas gehen könnte. Die Dienstleistungsmentalität der Mitarbeitenden muss weiter erhöht werden. Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter müssen entscheidungsfreudiger werden. Das Absichern führt nach der Wahrnehmung von Unternehmen häufig zu verzögerten Entscheidungsprozessen.

Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben – KI nutzen.

Der Digitalisierungsgrad der Mönchengladbacher Verwaltung wird von den Unternehmen weiterhin als verbesserungswürdig beschrieben. Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen ist essenziell. Der Geschäftsverkehr zwischen der Kommune und Unternehmen muss – soweit dem im Einzelfall überörtliche Regelungen nicht entgegenstehen – komplett digital ermöglicht werden. Auch die sinnvolle Nutzung von KI

sollte vorangetrieben werden – etwa wenn es um Feststellungen geht, ob Unterlagen vollständig sind oder ähnliches.

Maximale Dauer von 40 Arbeitstagen bei Plan- und Genehmigungsverfahren bei vollständigen Unterlagen

Bei nicht vollständigen Unterlagen sollte kurzfristig eine Rückmeldung der Behörde an den antragstellenden Unternehmer erfolgen, um auf die fehlenden Unterlagen hinzuweisen. Bei vollständigen Unterlagen sollte eine Bearbeitung und Entscheidung innerhalb von 40 Arbeitstagen möglich sein. Der Status des Genehmigungsstand sollte für die Antragssteller online einsehbar sein.

Personelle Ausstattung in den Straßenverkehrsämtern darf Logistikwirtschaft nicht behindern

Bei der Antragsbearbeitung von Groß- und Schwerlasttransporten sollten die zuständigen Verwaltungen zeitnah die prüffähigen Anträge bearbeiten, das Anhörungsverfahren unverzüglich durchführen und eine abschließende Entscheidung innerhalb von drei Arbeitstagen herbeiführen. Personalengpässe in den Straßenverkehrsämtern dürfen nicht zu Verzögerungen bei Logistikbetrieben, Lieferanten und Kunden führen. Für die Logistikregion Niederrhein ist dies von existenzieller Bedeutung.

Gewerbeflächen: Überblick und Austausch mit Akteuren

Die Kommunalverwaltungen sollten einen Überblick über freie private und kommunale Gewerbeflächen und Gewerbeobjekte sowie einen Überblick über aktuell nicht genutzte Brachen vorhalten. Hierzu sollten sich die Verwaltungen regelmäßig mit Flächen- und Immobilienentwicklern aus der Region austauschen. Ansiedlungsinteressierten Unternehmen sollte innerhalb von 24 Stunden eine erste Rückmeldung auf eine Anfrage sowie innerhalb der ersten fünf Arbeitstage eine qualifizierte Antwort gegeben werden können. Darüber hinaus sollte bei Bedarf sogleich ein erster Gesprächstermin angeboten werden.

Rechnungen zügig begleichen

Die Kommunen sollten fällige Rechnungen der von ihnen beauftragten Unternehmen innerhalb von 15 Arbeitstagen begleichen. Dies ist ein Zeichen für die Wertschätzung gegenüber den Unternehmen.

Haushaltskonsolidierung durch Aufgabenkritik

Die Haushaltslage der Stadt Mönchengladbach ist schlecht. Die Probleme der Kommunen werden in den kommenden Jahren zunehmen. An einer Haushaltskonsolidierung führt kein Weg vorbei. Mit Blick auf die zu erwartenden Finanzierungsprobleme müssen Städte und Gemeinden insbesondere ihre Ausgaben reduzieren. So sollten sie weiterhin eine Aufgabenkritik betreiben und bei ihren Pflichtausgaben die Standards überprüfen. Dies sollte allerdings nicht zu einem undifferenzierten Personalabbau führen. Ausreichend personelle Ressourcen sollten vor allem auch in den Bereichen der Stadtverwaltung vorhanden sein, die für die Standortqualität des Wirtschaftsstandorts wichtig sind. Dadurch lassen sich Gewerbesteuererträge generieren. Wird die Wirtschaft vor Ort gestärkt, lassen sich langfristig auch freiwillige Ausgaben besser finanzieren. Klar ist auch: Die Ausweisung von weiteren Gewerbeflächen ist perspektivisch die beste Haushaltspolitik.



Interkommunale Kooperation vorantreiben

Die interkommunale Kooperation am Mittleren Niederrhein sollte weiter ausgebaut werden. Nicht nur eine systematische Aufgabenkritik trägt dazu bei, dass Kommunen sparen. Auch weitreichendere interkommunale Kooperationen können helfen, Kosten zu senken. Indem einzelne Gemeinden bestimmte Aufgaben auslagern, können sie sich sachlich, thematisch und personell spezialisieren. Das spart Geld. Zugleich werden Vorgänge entbürokratisiert. Letztlich führt eine solche kommunale Kooperation zu einer kundenfreundlicheren und kompetenteren Verwaltung.

ENTWURF

Infrastruktur (Gewerbeflächen, Verkehr, Digitales, Energie)

Gewerbe- und Industrieflächenangebot aufstocken

In Mönchengladbach nehmen die klassischen Gewerbe- und Industrieflächen 3,2 % (549 Hektar) der gesamten Stadtfläche in Anspruch (Stichtag 31.12.2023). Das sind weniger Flächen als für Sport-, Freizeit und Erholung mit 6,1 %. Im August 2023 veröffentlichte die Stadt Mönchengladbach das „Nachhaltige Gewerbeflächenkonzept“. Danach drohen Engpässe bei der Bereitstellung von Gewerbe- und Industrieflächen. Um die Flächennachfrage der Wirtschaft bedienen zu können, sollten die Potenzialflächen aus dem Regionalplan Düsseldorf zeitnah in verbindliches Baurecht umgesetzt und Flächen perspektivisch gekauft werden. Im „Nachhaltigen Gewerbeflächenkonzept“ der Stadt Mönchengladbach wird ein Flächenmonitoring vorgeschlagen, das Gewerbe- und Industrieflächenpotenziale und deren Nutzungsoptionen erfasst. Dieser Vorschlag sollte umgesetzt werden. Unternehmen benötigen Planungs- und Investitionssicherheit. Diese kann unterstützt werden durch ein klares Kommitment der Stadt Mönchengladbach, bestimmte Flächen dauerhaft als Gewerbe- und Industrieflächen zu sichern.

Strukturwandel aktiv begleiten

Mönchengladbach als Anrainerkommune des Tagebaus Garzweiler sollte die Chancen des Strukturwandels nutzen. Hochschule und Wirtschaft arbeiten strategisch konkrete strukturfördernde Projekte aus und treiben deren Umsetzung voran. Damit diese auf fruchtbaren Boden fallen, benötigen die Unternehmen verlässliche Flächenangebote. Diese müssen strategisch unter Einbeziehung der Wirtschaft und als Sonderbedarf zusätzlich zu den allgemeinen Flächenbedarfen entwickelt werden. Der Flughafen Mönchengladbach und das JHQ spielen in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle.

Ausgleich für das interkommunale Gewerbegebiet Mönchengladbach/Viersen „Mackenstein“ schaffen

Wenig Bewegung beim Thema Interkommunales Gewerbegebiet „Mackenstein“. Die Städte Mönchengladbach und Viersen haben signalisiert, dass eine Entwicklung nicht weiterverfolgt wird. Wenn die Fläche aufgegeben werden soll, dann muss eine gleichwertige neue Fläche gefunden werden, die perspektivisch entwickelbar ist.

Innovations-Flughafen Mönchengladbach Raum geben

Der Flughafen Mönchengladbach ist einer der größten General Aviation Airports in Deutschland und bietet ein erhebliches Potenzial, um innovative Ansätze in der Luftfahrt voranzutreiben. Der Standort ist strukturwandelrelevant und soll als Ankerprojekt der Landesregierung im Bereich Aviation über das regionale Umfeld hinaus Strahlkraft entwickeln. Hierfür müssen sowohl auf dem Gelände selbst als auch im weiteren Umfeld Gewerbeflächen zur Verfügung stehen. Wir befürworten eine interkommunale Zusammenarbeit der Städte Mönchengladbach, Willich und Korschenbroich.



Gewerbeflächenentwicklung Sasserath weiterverfolgen und umsetzen

Im Regionalplan Düsseldorf bietet der Bereich Sasserath ein bedeutendes Potenzial für eine gewerbliche Entwicklung. Hier sind Flächen für ein interkommunales Gewerbegebiet der Städte Mönchengladbach (36 ha) und Jüchen (24 ha) realisierbar. Diese Entwicklungsoption sollte nicht aufgegeben, sondern weiterverfolgt werden.

S28

Die S 28 bietet insbesondere für den auf Neuss und Düsseldorf ausgerichteten Pendlerverkehr seit Jahren eine Alternative zum PKW. Eine Westverlängerung der Trasse bis nach Viersen erweitert diesen Einzugsbereich und schafft - auch durch neue Haltepunkte - eine attraktive Umsteigemöglichkeit vom Auto auf die S-Bahn. Voraussetzung für ein interessantes Angebot sind eine attraktive Taktung, Zuverlässigkeit, eine angemessene Servicequalität sowie ausreichende Park und Ride Möglichkeiten an den jeweiligen Haltepunkten.

L19

Wir fordern die Realisierung der L 19 als Lückenschluss der A 44 im Bereich Mönchengladbach.

Erreichbarkeit für den Wirtschaftsverkehr

Die Stadt Mönchengladbach hat mit dem Lkw-Routenkonzept vorbildlich auf die Hindernisse für den Wirtschaftsverkehr durch Luftreinhalte- und Lärmaktionsplanung reagiert. Die Fertigstellung und insbesondere die Umsetzung einzelner Maßnahmen ist allerdings derzeit nicht hinreichend abgesichert. Wir fordern von der Stadt, weiterhin die Erreichbarkeit aller Ziele für den Wirtschaftsverkehr zu sichern.

Bahnhöfe attraktivieren

Zur Attraktivierung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) sind attraktive Bahnhöfe notwendig. Eine ausreichende Zahl an Park-and-Ride-Plätzen an den Bahnhöfen ist wichtig, um das Pendeln der Mitarbeiter zu den Unternehmen sicher und verlässlich zu gestalten. In Mönchengladbach wünschen sich die Unternehmerinnen und Unternehmer, dass die Stadtverwaltung noch stärker auf die Deutsche Bahn wirkt, damit die Hauptbahnhöfe attraktiver werden.

City Hubs für Mönchengladbach einrichten

Die Zunahme von Lieferverkehren verschärft die bereits angespannte Verkehrssituation in Städten. Kleinere Lieferfahrzeuge und Lastenfahräder in Kombination mit innenstadtnahen Verteilzentren, die von allen Anbietern genutzt werden, können zur Entlastung beitragen.

Flächendeckender Breitbandausbau und leistungsfähige Mobilfunknetze

Eine leistungsstarke digitale Infrastruktur, insbesondere ein flächendeckender Breitbandausbau, ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung der digitalen Transformation sowie für die Entwicklung KI-gestützter Geschäftsmodelle. Für Unternehmen

ist sie Grundlage für eine reibungslose Abwicklung ihrer Geschäfte. Bedeutende Voraussetzung für Zukunftstechnologien ist, wie beispielsweise das autonome Fahren, ist das leistungsfähige Mobilfunknetz. Gewerbe- und Industriestandorte sollten beim Ausbau mit Priorität behandelt werden.

Grenznähe leben

Die aktuellen Grenzkontrollen zeigen, dass die Idee der europäischen Integration (und damit auch die offenen Grenzen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit) keineswegs selbstverständlich ist, sondern durch Kooperationen stetig aufrechterhalten werden muss. Diese Kooperationen beginnen bei den Kommunen. Deshalb ermuntern wir die Städte und Gemeinden am Mittleren Niederrhein weiterhin, wirtschaftsbezogenen Kooperationen – insbesondere mit niederländischen Nachbarn – einzugehen.

Ausbau der Windenergie vorantreiben

Die Stadt Mönchengladbach hat bereits eine große Anzahl an Anlagen installiert. Bei einigen Anlagen, insbesondere um das Autobahnkreuz Wanlo besteht Potenzial beim Repowering der Anlagen. Teilweise werden hier bereits alte Anlagen durch größere ersetzt. Mit der Ausnutzung der möglichen Flächen aus dem Regionalplan Düsseldorf sowie den Potenzialen aus der LANUV-Studie bestünde die Möglichkeit die installierte Leistung zu verdreifachen. Potenzielle Gewerbe und Industrieflächen, bspw. am JHQ, sollten dabei jedoch nicht beeinträchtigt werden.

Handel, Innenstadt und Ortskerne, Aufenthaltsqualität

Stadtentwicklungsmaßnahmen umsetzen!

Der Kapuzinerplatz ist einer der zentralen Plätze in der Mönchengladbacher Innenstadt. Die Unternehmen wünschen sich eine Belebung dieses Platzes. Dazu gehört auch, dass die Markthalle so schnell wie möglich eröffnet werden sollte. Auch die weiteren zurzeit in Planung befindlichen Stadtentwicklungsprojekte, wie z.B. die 19 Häuser/Haus Westend, sollten so schnell wie möglich umgesetzt werden.

Sicherheit und Sauberkeit in der Innenstadt stärken

Insbesondere das subjektive Sicherheitsgefühl und die Sauberkeit der Straßen in der Innenstadt und in den Ortszentren sind von Bedeutung, um die Innenstadt und die Stadtteilzentren als Visitenkarte des Wirtschaftsstandorts zu stärken. Dazu bedarf es kurzer Reinigungsintervalle und eines gut ausgestatteten kommunalen Ordnungsdienstes. Private Vereine wie Clean Up MG e.V. sollten von der Stadt (weiterhin) unterstützt werden.

Aufwertung von Rheydt forcieren

Die Attraktivität der Rheydter Innenstadt ist in den vergangenen Jahren gesunken. Deswegen sollte der Standort im Besonderen in den Blick genommen werden. Das Projekt „Neue Verwaltungsstandorte Rheydt“ ist im Sinne der Standortpolitik ein bedeutendes Projekt, das zu einer Aufwertung von Rheydt und damit auch zu weiteren privaten Investitionen führen kann. Trotz der finanziellen Risiken ist dies auch im Sinne der Rheydter Innenstadt ein positives Projekt.

Erlebnisse schaffen – privates Engagement fördern

Eine Aufwertung wird der Handel vor allem dann erhalten, wenn Erlebnisse geschaffen werden – zum Beispiel in Form von Veranstaltungen. Auf der anderen Seite sollte privates Engagement (weiterhin) gefördert werden. Insbesondere die Arbeit von Werbegemeinschaften und Gewerbevereinen sollte in den Bereichen Organisation, Marketingaktivitäten, Stadtfeste und Aktionen stärker unterstützt werden. Diese Wertschätzung beschränkt sich nicht nur auf den Handel, sondern sollte die Immobilieneigentümer einschließen. Wir empfehlen den Kommunen, partnerschaftlich mit Immobilien- und Standortgemeinschaften zusammenzuarbeiten.



Citymanagement professionalisieren

Das Stadtbild wird insbesondere vom Handel geprägt. Mönchengladbach zählt zu den wenigen Städten in Deutschland, die nicht über ein kommunales Citymarketing verfügen. Die beiden Citymanagements in Mönchengladbach und in Rheydt agieren als private Vereine. Das Citymanagement sollte weiter professionalisiert und mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet werden.

Erreichbarkeit der Innenstädte und Ortszentren sicherstellen

Die Innenstadt muss sowohl mit dem Pkw und mit öffentlichen Verkehrsmitteln als auch für den übrigen Individualverkehr erreichbar sein. Umweltzonen, Lärmschutzvorgaben und Parkgebühren dürfen die Kunden nicht von den Innenstädten fernhalten. Die ÖPNV-Verbindungen müssen so gestaltet sein, dass die Innenstadt und Ortszentren problemlos erreicht werden können.

Für das Hauptverkehrsmittel Auto müssen ausreichende und intelligente Parkraumkonzepte entwickelt werden. Dabei sollte die Qualität des Parkplatzangebots mit den Parkgebühren im Einklang stehen. Parksuchverkehre sollten durch digitale Parkleitsysteme minimiert werden. Auch für die übrigen Verkehrsteilnehmer ist die bequeme und sichere Erreichbarkeit der Innenstädte von großer Bedeutung. Fahrradfreundlichkeit und Barrierefreiheit sind wichtige Kriterien für die Stadt- und Verkehrsplanung. Damit geht ein Konzept für Fahrradparkplätze einher.

Sondernutzungsgebühren so gering wie möglich

Die Gastronomie ist durch Kostensteigerungen und dem schleppenden privaten Konsum zurzeit starken Schwierigkeiten ausgesetzt. Eine funktionierende Gastronomie ist heute für eine hohe Aufenthaltsqualität in den Innenstädten von großer Bedeutung. Sondernutzungsgebühren, z.B. für Außengastronomie, sollten daher so gering wie möglich angesetzt werden.

Normen-Screening

Wir empfehlen ein Update der kommunalen Satzungen und Verordnungen: ein Normen-Screening mit dem Ziel, versteckte Potenziale und unnötige Barrieren der Innenstadtentwicklung aufzufinden und sie zukünftig zu nutzen beziehungsweise abzubauen. Das verwaltungsrechtliche Screening aller für die Entwicklung der Stadtzentren relevanten kommunalen Regelungen könnte eine kostengünstige Förderung der Innenstadtentwicklung sein.

Fördermittel des Landes nutzen!

Das Land Nordrhein-Westfalen initiiert gezielt Förderprogramme, um die Attraktivität und Lebendigkeit der Innenstädte zu steigern. Diese Programme bieten finanzielle Unterstützung für Projekte, die zur Belebung und Modernisierung der Zentren beitragen. Die Kommunen sind dazu angehalten, die Programme auf ihre Eignung für lokale Bedürfnisse und Vorhaben

zu prüfen. Ziel ist es, den wirtschaftlichen und sozialen Wandel der Innenstädte aktiv zu gestalten und ihre Zukunftsfähigkeit zu sichern.

Nutzung flexibilisieren

Die Leerstandsquote in der Mönchengladbacher und auch in der Rheydter Innenstadt ist hoch. Deshalb sollte zeitnah diskutiert werden, welche Bereiche weiterhin ausschließlich dem Handel zur Verfügung stehen sollten und in welchen Bereichen perspektivisch alternative Nutzungen ermöglicht werden könnten. Diese Debatte sollte gemeinsam mit dem Handel und der Immobilienwirtschaft geführt werden. Priorität sollte weiter auf einer Nutzung durch Gewerbe gelegt werden.

Kommunikation mit Immobilieneigentümern von Schandimmobilien intensivieren

Schandimmobilien sorgen dafür, dass die Attraktivität der Innenstadt nicht mehr gewährleistet ist. Die Kommune sollte die Kommunikation mit den entsprechenden Eigentümern suchen und Lösungsmöglichkeiten eruieren. Dabei sollten auch sinnvolle Nutzungsänderungen diskutiert werden.

Wirtschaftliche Betätigung der Städte und Gemeinden als ultima ratio

Die wirtschaftliche Betätigung von Städte und Gemeinden sollte die ultima ratio bleiben. Problematisch wird dies im Innenstadtkontext, wenn die Kommunen bzw. kommunale Töchter zum Beispiel als Verpächter von Gaststätten auftreten und Pachten unterhalb des marktüblichen Preises verlangen.

Kommunikation zwischen der Verwaltung und den Innenstadtakteure stärken

Ob aktuelle Hinweise zur Sauberkeit, Sicherheit, zu Gestaltungsideen oder Veranstaltungen: Es ist von großer Bedeutung, dass Unternehmen und die Mitarbeitenden in der Verwaltung miteinander sprechen. Wir empfehlen in allen Kommunen eine Stärkung der Kommunikation zwischen den Verwaltungen und den Innenstadtakteuren. Es empfiehlt sich, dass sich Verwaltung und Innenstadtakteure monatlich oder quartalsweise austauschen.

Kommunikation beteiligter Verwaltungseinheiten untereinander verbessern

Stadtmarketing, Bauordnungsamt, Ordnungsamt – die Innenstadtakteure sind auf das Zusammenspiel vieler Verwaltungseinheiten angewiesen, wenn es etwa um die Durchführung von Stadtfesten oder ähnliche Aktionen geht. Dabei ist es von grundlegender Bedeutung, dass auch innerhalb der Verwaltung gut miteinander kommuniziert wird. Häufig gibt es Reibungsverluste, weil die Kooperation der öffentlichen Ämter untereinander Verbesserungspotenziale bietet.

Bildung und Fachkräfte

Aufbau eines Welcome-Centers für ausländische Fachkräfte

Trotz der schlechten konjunkturellen Lage ist der Fachkräftemangel ein großes Geschäftsrisiko für die Unternehmen. Ein Instrument zur Linderung des Fachkräftemangels ist die Zuwanderung qualifizierter Mitarbeiter. Dazu sollte ein Welcome-Center für ausländische Fachkräfte aufgebaut werden.

Wissenscampus – wichtige Rolle im Strukturwandel

Der Wissenscampus spielt im Strukturwandel eine wichtige Rolle. Das Nutzungskonzept beinhaltet die Themen Wissen, IT und Künstliche Intelligenz und bindet die Hochschule Niederrhein mit ein.

Duale Ausbildung stärken

Alle Akteure sollen für das Erfolgsmodell der dualen Ausbildung werben. Dabei werden sowohl leistungsstarken als auch praxisbegabten Schülern und Schülerinnen gezielt die Vorteile der beruflichen Bildung aufgezeigt. Die Berufsorientierung soll flächendeckend in allen Schulformen und konsequent in den Unterricht integriert stattfinden.

Berufsschulen stärken

Die Stadt Mönchengladbach als Träger ihrer Berufsschulen steht mit in der Verantwortung, attraktive Lernorte zu schaffen. Das ist ein Faktor, um die Duale Berufsausbildung zu stärken. Dafür ist es unabdingbar, dass die Schulen in einem guten Zustand sind. Für Ausbildungsunternehmen, aber auch für die Azubis spielt die Digitalisierung an Berufsschulen eine immer größere Rolle. Dies gilt für die Digitalisierung als Unterrichtsthema sowie für das Lernen mit digitalen Medien. Doch gerade bei diesem sehr wichtigen Aspekt fällt die Bewertung der Berufsschulen in unserer 2024 vorgestellten Studie eher negativ aus. Deswegen wünschen sich die Ausbildungsunternehmen mehr Investitionen in die IT-Infrastruktur und die Hardware.

Wirtschaft und Arbeitsleben als fester Themenbestandteil in den Schulalltag integrieren

Wirtschaft und Arbeitsleben müssen als Themen fest in den Schulalltag integriert werden. Hospitationen der Lehrer und Lehrerinnen in Unternehmen sind hilfreich, um praxisnahe Informationen zu aktuellen Entwicklungen vermitteln zu können. Kommunale Akteure können dabei vermitteln und gestalten.

Investitionen in Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann zu mehr Beschäftigung und Unternehmertum führen. Es gilt, das Betreuungsangebot für Kinder nochmals auszuweiten (Kindertagesstätten), die Nachmittags- und Ferienbetreuung für Schulkinder auszubauen, beim Thema Pflege Freiraum für flexible, individuelle Lösungen zu schaffen sowie Informationen anzubieten, um die Familienpflegezeit stärker zu etablieren.